

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktion: Neudorfstr. 10
Telefon: 1011-1012
Abend-Ausgabe: 1013-1014

Verlagspreis: 1.50 M. (inkl. Post) wöchentlich 10 M. (inkl. Post) monatlich 35 M. (inkl. Post) vierteljährlich 120 M. (inkl. Post) halbjährlich 230 M. (inkl. Post) jährlich 450 M. (inkl. Post) Ausland: 1.50 M. (inkl. Post) wöchentlich 10 M. (inkl. Post) monatlich 35 M. (inkl. Post) vierteljährlich 120 M. (inkl. Post) halbjährlich 230 M. (inkl. Post) jährlich 450 M. (inkl. Post)

Druck: Druckerei des Dresdner Nachrichten
Königsplatz 10
Telefon: 1011-1012

Die Durchführung der Sozialbeschlüsse

Ubergangsregelung zur Lohnfrage

Berlin, 12. Dezember. Nachdem der Reichstag die sozialpolitische Ermächtigung in der Notverordnung vom 4. September aufgehoben hat, kann zwar die Reichsregierung künftig keinen Gebrauch mehr von dieser Ermächtigung machen, die bisher auf Grund der Ermächtigung erlassenen Verordnungen bestehen jedoch weiter namentlich die am 5. September ergangene Verordnung der Reichsregierung über Lohnabbaumaßnahmen. Schon bei den Vorverhandlungen über die Regierungsbildung waren sich Reichstagsler v. Schleicher und die Gewerkschaften darüber einig geworden, daß mit dem Lohnabbau Schritt gemacht werden solle.

und der neue Reichsarbeitsminister Dr. Syrup hat sich bereits grundsätzlich zur Aufhebung der Verordnung vom 4. September bereit erklärt. Gegenwärtig schweben nur noch Verhandlungen zwischen dem Reichsarbeitsminister und den Sozialpolitikern der Reichstagsfraktionen im Unterhause des Reichstages über die Ermächtigung. Diese Ubergangsregelung, die im Interesse der Schlichter notwendig ist, weil bei ihnen zahlreiche Streitfälle wegen des bisherigen Lohnabbaues schweben und auch im Interesse der Unternehmer, die im Vertrauen auf die Verordnung Aufträge zu niedrigeren Preisen heringekommen haben, dürfte heute nachmittags im Unterhause zuhandeln werden.

Im Hinblick darauf wird die Regierung sich über die Ubergangsregelung abgeben, ohne daß der Reichstag erneut einberufen werden müßte, um einen Aufhebungsbefehl zu fassen.

Der Aufhebungsbefehl des Reichstages wird sich ferner mit der Notverordnung vom 4. September zu beschließen haben, soweit sie nicht bereits aufgehoben ist — hier handelt es sich hauptsächlich noch um das System der Steuererleichterung — und mit der Verordnung vom 14. Juni, die den Abbau der Sozialleistungen brachte. In diesen beiden Fällen liegt eine grundsätzliche Einigung der Parteien mit der Regierung nicht vor, eine Aufhebung der beiden Verordnungen durch die Regierung kommt also nicht in Frage.

und ihre Vorklärung könnte nur durch den Reichstag nach seinem Wiederzusammentritt im Januar erfolgen.

v. Neurath berichtet dem Reichspräsidenten

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung
Berlin, 12. Dezember. Der Reichsaußenminister Freiherr v. Neurath hat heute vormittag, nachdem er bereits im Laufe des Montags dem Reichspräsidenten einen Bericht über das Ergebnis der Genfer Verhandlungen gegeben hatte, dem Reichspräsidenten v. Hindenburg Bericht erstattet. Am Mittwoch wird der Reichsaußenminister in der Kabinettsitzung, die bereits am Vormittag ihren Anfang nimmt, noch einmal ausführlich die außenpolitische Lage, wie sie sich auf Grund der Vereinbarungen der Mächte ergeben hat, darlegen.

Verordnung über Gereses Aufgabentritt

Berlin, 12. Dezember. In der Presse sind verschiedentlich Erörterungen über die Abgrenzung der Befugnisse des Reichsausschusses für Arbeitsbeschaffung, Dr. Gereses, in denen zum Teil behauptet wird, daß die Aufstellung Dr. Gereses über sein Amt von der Regierung abweiche. Wie wir von unternahmter Seite erfahren, ist eine grundsätzliche Regelung der Befugnisse des Arbeitsbeschaffungsausschusses bereits erfolgt. Diese Regelung wird in der Kabinettsitzung am Mittwoch endgültig verabschiedet und dann im Rahmen einer besonderen Verordnung der Öffentlichkeit übergeben werden.

Gewerkschaftsvertreter beim Reichsarbeitsminister

Berlin, 12. Dezember. In Auswirkung des kürzlich bei dem Herrn Reichspräsidenten erfolgten Beschlusses empfangt heute der Reichsarbeitsminister Vertreter der Christlichen Gewerkschaften. In der Besprechung wurden alle schwebenden sozialpolitischen Fragen eingehend erörtert.

Der Zwischenfall im Hause Doorn

Doorn, 12. Dezember. Der gestern im Hause Doorn festgenommene Eindringling hat der Polizei mitgeteilt, daß er weder heisse noch kalte Waffen (Waffenproviant) bei sich hat, er hat mit 33 Jahre angegeben. Der Mann ist gut gekleidet und macht äußerlich keinen ungünstigen Eindruck.

Wie zu dem Vorfalle noch aus der Umgebung des ehemaligen Kaisers verlautet, soll Feder bei seinem ersten Erscheinen innerhalb der Wohnung des ehemaligen Kaisers am Sonntag, erklärt haben, daß er eine Hofschaffnerin von Hitler überbringen wolle. Man hielt ihn jedoch nicht für zurechnungsfähig und ließ ihn durch die Polizei entlassen, die ihn nach kurzer Zeit wieder auf freien Fuß setzte.

Der Eindringling ist am Dienstag früh zur Grenze gebracht und dort den deutschen Behörden übergeben worden.

Die Generalverwaltung des normal regierenden preussischen Königshauses teilt hierzu mit:

Am gestrigen Montag, dem 12. Dezember, wurde von einem Bediensteten von Haus Doorn am hellen Nachmittag innerhalb des Parks unmittelbar vor dem Hause ein fremder Mann beobachtet. Der Diener hielt ihn an und fragte ihn, wie er in den Park gekommen sei und was er wolle. Der Eindringling sagte, er sei über die Umzäunung in den Park gekommen und wolle zu dem Kaiser. Der Diener brachte ihn auf die im Vorgelände von Haus Doorn stationierte holländische Wache. Dort fand man bei dem Mann, der ein Deutscher ist, einen Revolver und einen Dolch. Er erklärte, daß er sich mit dem Kaiser durch die Wache habe bemerkbar machen wollen, falls er den Kaiser im Park getroffen hätte. Den Dolch habe er bei sich geführt, um gegebenenfalls einen Wachmann unbeschädigt machen zu können. Der Mann ist in Gewahrsam genommen, er macht einen geistig nicht normalen Eindruck.

Rosenberg zum Abbau der Notverordnungen

München, 12. Dez. Hauptschriftleiter Rosenberg nimmt heute im „Völkischen Beobachter“ Stellung zu den angekündigten zwei Notverordnungen, die noch vor Weihnachten erlassen werden sollen, und schreibt unter anderem, daß besage im Zusammenhang mit den Ergebnissen der letzten Reichstagsdebatten nichts anderes, als daß sich das Kabinett Schleicher gezwungen sehe, nach und nach alles abzubauen, was unter dem Herrn von Papen „als die der Weisheit letzter Schluss“ aufgezwingen wurde. Es heißt dann weiter:

„Wir begrüßen diesen ersten Schritt zu einem noch viel weitergehenden Abbau des Systems.“

Stellen aber dabei fest, daß Herr von Schleicher dadurch nicht nur Herr von Papen bloßstellt, sondern ebenso den Reichspräsidenten und sich selbst schließlich ebenso desavouieren muß, denn dieser Abbau ist bereits eine teilweise Kapitulation vor Adolf Hitler.“ Zusammenfassend stellt Rosenberg fest: „Schleicher baut Papen ab. Er tut, was Hitler — zunächst in negativer Hinsicht — forderte. Hindenburg unterschreibt heute das Gegenteil dessen, was er vor fünf Monaten unterschrieb. Das genügt für Weisheiten. Der Kampf geht weiter, bis das Wesen dieser Dinge jedem Deutschen bekannt sein wird.“

Der Romenkener Mörder verhaftet

Ulm, 12. Dezember. Wie berichtet, wurde am Sonntag früh auf ein alleinstehendes Gehöft bei Romenken in der Nähe von Eßlingen ein Raubüberfall verübt, bei dem das große Ehepaar A. u. B. und die 30 Jahre alte Tochter Berta erschossen wurden. Heute vormittag wurde als Mörder der in Rußland geborene Welfer Karl Wistat in Tauragen (Wlatau) verhaftet. Es sind Verhandlungen eingeleitet, damit er nach Deutschland ausgeliefert wird. Das Ehepaar A. u. B. ist inhaftig, das es in der Nacht vor der Verhaftung die Einzelheiten des Mordplanes mit Wistat genau besprochen hat. Es besteht aber, an der Tat selbst beteiligt gewesen zu sein.

Bertrams Flugzeug beschädigt

Sarabaja (Java), 12. Dez. Als der deutsche Flieger Bertram heute (Dienstag früh) 4 Uhr zum Weiterflug zu starten versuchte, gelang es ihm nicht, das schwerbeladene Flugzeug hochzubringen. Das Flugzeug rannte in einen Graben am Ende des Flugfeldes. Das Unterziehen und der Propeller zerbrachen. Bertram und sein Mechaniker blieben unverletzt.

Die Rundfunkrede des Reichskanzlers

Berlin, 12. Dezember. Die Sprechzeit der für Donnerstag vorgesehene Rundfunkrede des Reichskanzlers v. Schleicher ist noch nicht endgültig festgelegt. Man rechnet in unterirdischen Kreisen damit, daß der Kanzler zwischen 10 und 11 Uhr sprechen wird.

Keine Verhandlungen mit J. G. Farben

Berlin, 12. Dez. Von ausländischer Seite wird mitgeteilt: Die Meldung eines Mitgliebers über angebliche Verhandlungen des Reiches mit der J. G. Farben-Industrie über den Austausch von Gekochten Aktien gegen Stahlverbindungen ist vollkommen aus der Luft gegriffen.

Kabinetts Herriot in Schwierigkeiten

Sturz über die Schuldenfrage möglich

Paris, 12. Dez. Die Lage des Kabinetts Herriot ist durch die ablehnende Haltung Amerikas gegenüber den englischen Vorbehalten äußerst kritisch geworden. In parlamentarischen Kreisen und selbst in den eigenen Reihen, in denen man dem Ministerpräsidenten bisher blindlings gefolgt war, macht sich seit Montag abend eine immer größere Zurückhaltung bemerkbar, und es fehlt nicht an Stimmen, die das Kabinett am Schluss der Dienstagssitzung kritisiert sehen. Außer den Sozialisten, die bekanntlich in einem Fraktionsbeschluss gegen die Zahlung Stellung genommen haben, hat sich nunmehr auch die Gruppe der v. n. s. r. publizisten (Hindenburg) dagegen ausgesprochen und ihren Präsidenten, den ehemaligen Finanzminister im Kabinett Loubet, beauftragt, in die heutige Aussprache einzutreten. Neben man zu den 161 Abgeordneten, über die diese beiden Gruppen verfügen, die 41 Mitglieder der Gruppe Martin, die 12 Mitglieder der Sozialen und republikanischen Gruppe sowie die 28 Mitglieder der französischen Sozialisten und die 10 Kommunisten, und schließlich die 10 Mitglieder der Gruppe der Mitte und auf dem rechten Flügel stehen, daß sich in der Mitte und auf dem rechten Flügel noch weitere Abgeordnete gegen die Zahlung aussprechen werden, während selbst in den Reihen der Radikalsozialisten zahlreiche Stimmhaltungen eintreten dürften. So erscheint das Schicksal der Regierung in der Tat sehr zweifelhaft. Einige Pariser Morgenblätter, mit dem sozialistischen „Populaire“ an der Spitze, sind daher auch schon jetzt der letzten Ubergangsphase, daß Herriot über die Schuldenzahlung gestürzt wird. Der Ministerpräsident selbst hat diese Möglichkeit auch bereits ins Auge gefaßt und im Hinblick auf seine Erklärungen vor dem Finanz- und dem auswärtigen Ausschuss der Kammer darauf hingewiesen, daß er in diesem Fall die Wiederbetragung mit der Kabinettsbildung ablehnen würde.

Kritik an Englands Schuldenpolitik

London, 12. Dez. In konservativen Kreisen beginnen sich Zweifel zu regen, ob die letzte britische Note an Amerika sehr glücklich formuliert gewesen sei, und diese Zweifel dürften bereits in der morgigen Unterhausdebatte zum Ausdruck kommen. „Times“ berichtet, viele konservative Unterhausmitglieder hätten es für einen Fehler, daß die Unterhausmitglieder hielten es für einen Fehler, daß die Note in einem Atemzuge Bereitschaft zur Bezahlung der Dezemberanleihe und Nichtübernahme der Juni- und Märzanleihe andrängte und Nichtübernahme der Juni- und Märzanleihe andrängte. „Morning Post“ schreibt, daß auch innerhalb des Kabinetts die „überkritische Art und Weise“ abfällig beurteilt werde, in der die britische Note abgefaßt worden sei. Auch über die Bereitwilligkeit, die MacDonald und Chamberlain mit den Franzosen abgeschlossen haben, herrscht bei einem nicht unbeträchtlichen Teil der Unterhausmitglieder Unzufriedenheit, da man glaubt, Groß-

britannien hätte eine gewisse Zahlung von Frankreich verlangen können, ohne den Baulaner Vertrag zu gefährden.

Italiens Wirtschaftspolitik

Rom, 12. Dez. Der Faschistische Große Rat hat eine Entschließung gefaßt, in der es heißt:

1. In der Politik der Entwicklung der Landwirtschaft soll fortgefahren werden.
2. Die Notwendigkeit, die Fesseln des internationalen Warenverkehrs zu lösen, wird erneut bekräftigt. Dennoch müssen vorübergehend alle zur Verteidigung der nationalen Interessen dienenden Mittel ergriffen werden.
3. Dem Faschismus ist eine Gehalt zu geben, die sich den nationalen Notwendigkeiten immer besser anpaßt.
4. In den Handelsvertragsverhandlungen ist mehr als bisher auf den Schutz der Gemeinwohlinteressen zu achten.
5. Den Erzeugerländern von Rohstoffen und Brennstoffen gegenüber muß die Stellung Italiens als Großkäufer dadurch ausgenutzt werden, daß ihm als Gegenwert ein Markt für seine Erzeugnisse zur Verfügung gestellt wird.
6. Die Bildung der internationalen Kartelle muß aufmerklos verfolgt und gegebenenfalls müssen Maßnahmen ergriffen werden, um Schädigungen der italienischen Wirtschaft zu vermeiden.

Schließlich erklärt der Faschistische Große Rat, daß eine entsprechende Konvertierung der öffentlichen Schuld nicht in Frage kommt.

Beschlüsse des Genfer Büros

Genf, 12. Dez. Das Büro der Abrüstungskonferenz, an dessen Sitzung zum erstenmal seit Juni wieder ein deutscher Vertreter teilnahm, hat heute beschlossen, dem Hauptausschuss eine Entschließung vorzuschlagen, in der das Ergebnis der Ratsmündelbesprechungen begrüßt und die Bereitschaft zu einer wirksamen Durchführung der Konferenzarbeiten ausgesprochen werden soll.

In der heutigen Sitzung wurde auch über das künftige Arbeitsprogramm des Hauptausschusses gesprochen. Im Januar wird eine Reihe weiterer Berichte der Unterausschüsse abgeschlossen werden, so daß der Hauptausschuss seine Arbeiten mit der Erörterung dieser Berichte weiterlegen können. Im Hinblick darauf soll der französische Delegation Gelegenheit gegeben werden, den französischen Konstruktivplan zu demonstrieren. Die Erörterung dieses Planes wird die Eröffnung der Debatte über die politischen Kernprobleme der Abrüstungskonferenz bedeuten.